

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abschließung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

6. Jahrgang.

Freitag, 23. April 1926.

Nr. 96.

Agrarische Argumente.

Der Zollkampf hat auf der ganzen Linie begonnen. Nachdem in der ersten Sitzung des Senats unter dem neuen Regime der tschechische Agrarier Donat seinen Auftrag auf Schaffung eines autonomen Zolltarifs begründet hat, zog gestern auch der deutsche Landwirt Dufsch vom Leder und setzte sich mit wenig Geschick zwar, aber mit um so größerer Hitze, für die festen Zölle ein, für die seine Partei stimmen werde. Es handelte sich — fügte er hinzu — dabei nicht um eine politische, sondern um eine wirtschaftliche Frage, was je nach der Auffassung, die einer von der Politik hat, ebenso richtig wie grundfalsch ist. Die Forderung der Agrarier nach größerem Profit wird aber diesmal nicht nur einfach erhoben, sie wird auch begründet, und da lohnt es sich schon, die Argumente der Großagrarier einmal Revue passieren zu lassen.

Da hat Herr Donat zuerst einmal ein sehr einfaches Argument: Deutschland, Ungarn, Italien, Amerika und eine ganze Reihe anderer Länder haben Zölle, warum soll also die Tschechoslowakei keine Zölle haben?! Ein sehr einleuchtender Beweis, der nur den einen Mangel hat, daß sich eben auch in wirtschaftspolitischen Fragen eines nicht für alles schickt. Zum Teil sind die Einkommensverhältnisse jener Länder gänzlich anders beschaffen, als die der Tschechoslowakei, zum Teil tritt der Zoll in diesen Ländern als reiner Schutz auf, da der Bedarf aus der eigenen Wirtschaft gedeckt wird. Die Tschechoslowakei führt, wie Herr Donat selbst angeführt hat, jährlich Lebensmittel im Werte von fünf Milliarden an Kronen ein. In dieser Summe dürften wohl eine Reihe Genussmittel und Kolonialprodukte inbegriffen sein, immerhin aber kann man sich eine Vorstellung machen, mit welchem Betrage auch ein Zoll von wenigen Prozenten die Volkswirtschaft belasten müßte. Der Lebensstandard der breiten Massen, der unter den heutigen Verhältnissen kaum mehr gedrückt werden kann, müßte sich auf einen Grad senken, der einer Hungersnot wie ein Ei dem anderen gleiche. Nun behaupten aber die Agrarier, daß die Existenz der Landwirtschaft gefährdet sei und jedes andere Argument gegen dieses eine leicht wiege. Sie vergessen dabei, daß nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle Stände der Bevölkerung weitaus geringere Einnahmen aufweisen, als vor dem Kriege. Der Finanzminister hat vor kurzem erklärt, die Einkommen seien durchgängig nur auf das Fünftel bis Sechstel, die Preise aber auf das Dreifache der Vorkriegeshöhe gestiegen. Bedenkt man nun, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte immerhin siebenmal so hoch sind, als vor dem Kriege (bei einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, wie Milch und Eiern, ist auch das zu niedrig gegriffen), so will es uns scheinen, daß die „Schere“ zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der Industrieprodukte immer noch beträchtlich kleiner ist, als zwischen den Einkommen der Lohnarbeitenden Schichten und den Industrieprodukten. Diese „Schere“, den Abstand zwischen Preisen und Einkommen, zu vermindern, ist sicher eine Aufgabe der Volkswirtschaft und ihrer leitenden Faktoren. Die Schere aber für den größten Teil der Bevölkerung noch zu vergrößern, damit ein kleinerer Teil entlastet werde, ist ein Vorhaben, das notwendig auf den erbitterten Widerstand der betroffenen Teile der Bevölkerung stoßen muß. Und es sind tatsächlich nicht einmal alle Landwirte, die von einer Hebung der Getreidepreise Vorteile zu erhoffen haben.

Der Zoll bedeutet eine ausgesprochene Begünstigung der Großagrarier, deren Profit allerdings beträchtlich gesteigert würde, wenn die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sich denen der Industrieprodukte angleichen. Anders ist es bei den Kleinbauern. Der deutsche Agrarier Dufsch geriet gestern in helle Wut, als er eine Polemik mit anderen Genossen versuchte und dabei immer wieder hören mußte, daß er die Interessen der Großagrarier vertrete. Ebensovienig, wie die bürgerliche Gesellschaft die Lachhache der Klassen-

Noch kein Bruch mit der Vergangenheit?

Genosse Niehner zur politischen Lage. — Der Bureautratismus als gefährliche Macht. — Gegen die Fiktion des Nationalstaates. — Faschismus bedeutet Bürgerkrieg.

Prag, 22. April Im Rahmen der großen politischen Debatte im Senat kam als erster Redner Genosse Niehner zu Wort, der in formvollendeter, mehr als einstündiger Rede sich mit der schweren Krise des bisherigen Regierungssystems befaßte. Waren bisher alle Warnungen und Mahnungen zur Umkehr an dem starren Panzer der Koalition abgeprallt, so steht heute die Situation wesentlich anders: die Koalition ist zerfallen und wenn auch Kräfte genug am Werke sind, um sie wieder zu kleistern, so kann jetzt doch ein gutes Wort zu guter Stunde eher Anklang finden als bisher. Darum wies Genosse Niehner mit vollem Recht von neuem darauf hin, daß unsere Partei erst kürzlich wieder die Frage der Anbahnung einer Verständigung durch den Antrag Czech auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses aufgeworfen hat. Die morgige Debatte, in der noch führende Koalitionspolitiker zu Worte kommen, wird erst zeigen, ob diese neuerliche Anregung diesmal ein günstigeres Feld vorgefunden hat.

In seiner Rede, die ungeteilte Aufmerksamkeit im ganzen Hause fand, zeigte Genosse Niehner zunächst an Hand krasser Beispiele behördlicher Willkür aus den letzten Wochen, daß die Bureautratie bereits zu einer äußerst gefährlichen und ernst zu nehmenden Macht herangewachsen sei, und beschäftigte sich dann mit den Hauptursachen der heutigen Krise, welche namentlich darin beruhen, daß die Fiktion des Nationalstaates bis heute mit allen Mitteln aufrecht erhalten wird. Alle Anstrengungen, die Errungenschaften der Demokratie nur für das Staatsvolk zu sichern und die andern Völker dieses Staates hiervon auszuschließen, sind gescheitert und so kam es zu der heutigen Situation, der die bisherigen Machthaber ratlos gegenüberstehen.

Mit der größten Schärfe sprach sich Genosse Niehner sodann gegen die faschistischen Experimente aus, die hier und da versucht werden, und ließ keinen Zweifel daran, daß der Faschismus bei uns den Bürgerkrieg bedeuten müßte, in dem sich die Arbeiterschaft aller Nationen ihrer Haut zu erwehren wissen würde.

Genosse Niehner führte u. a. aus:

Es ist einer der ersten Grundsätze der Strafrechtspflege, der auch in allen Rechtsstaaten beobachtet wird, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werde. Die Vorlage verletzt diesen Grundsatz. Es wird die Verlängerung der Dauer der Gültigkeit des Gesetzes betreffend die Aufhebung der Geschworenengerichte für gewisse Delikte in Karpathoruthland beantragt. Das bedeutet ein Unrecht an der karpathoruthischen Bevölkerung, es bedeutet auch, daß die Bevölkerung dort außerhalb der Geltung der normalen Gesetze gestellt ist. Karpathoruthland ist durch den Friedensvertrag von St. Germain und auch durch die Verfassung die Autonomie gewährleistet. Bis hierher steht das nur auf dem Papier. Von dem zugesicherten Landtag ist auch jetzt, nach nahezu 8 Jahren Bestandes des tschechoslowakischen Staates, noch nichts zu sehen und was die Autonomie betrifft, so besteht sie nur darin, daß

die karpathoruthische Bevölkerung nicht einmal jenes Recht genießt, auf die die Staatsbürger der übrigen Teile der Republik Anspruch haben.

Die Ausschaltung der Geschworenengerichte soll aus zwei Gründen notwendig sein; es sei kein geeignetes Gerichtsgebäude in Karpathoruthland vorhanden, auch befände sich die karpathoruthische

Bevölkerung in einem zurückgebliebenen Kulturzustand, so daß keine geeigneten Geschworenen aufzubringen sind. Das sind bei den Haaren herbeigezogene Gründe. Unter ungarischer Herrschaft waren in Karpathoruthland schon seit 1897 Geschworenengerichte eingeführt. Was unter ungarischer Feudalherrschaft möglich war, müßte wohl auch heute möglich sein. So darf man ein Gebiet, dem man Autonomie zugesichert hat, dem feierlich eine ganz außerordentliche Ausnahmebestimmung versprochen wurde, am allerwenigsten behandeln, das heißt, wie eine Kolonie.

Aber man darf sich nicht wundern, daß wir in diesem entlegenen Lande noch immer bei solchen Ausnahmezuständen halten, denn wenn man die Verhältnisse auch westlich von Karpathoruthland

betrachtet, dann muß man sagen, daß das ganze Regime, die Art und Weise, wie hier Gesetze gemacht und vor allem Gesetze gehandhabt werden, sich vollständig in den selben Rahmen einfügt. Ich will nicht auf weitere zurückliegende Fälle greifen, es genügt, einiges davon anzuführen, was sich in den letzten Monaten an

Übergriffen behördlicher Organe zugetragen hat und wie die politische Bewegung und Meinungsfreiheit der Staatsbürger geachtet

wurde. Es muß abgewartet werden, ob die gegenwärtige Beamtenschaft die Praxis der letzten Monate fortzusetzen gedenkt. Die Verhältnisse waren schon geradezu unerträglich. Unsere Partei hat in den letzten Monaten mehrere Versammlungsaktionen unternommen. Einen Frauentag, wie dies alljährlich geschah, und Protestkundgebungen gegen das Sprachengesetz, die Steuerpläne und die beschaffigten Agrarzölle.

Eine ganze Reihe dieser Versammlungen aus Anlaß des Frauentages wie der übrigen Protestversammlungen, wurden unter den wichtigsten, nichtisagenden Gründen verboten. Im Karlsbader Kreis ist es einer Anzahl von Versammlungen verboten worden, die Herren Bezirkshauptleute und sonstigen behördlichen Organe haben sich gar nicht den Kopf angestrengt, einen Grund zu suchen.

Im Gebiete der Bezirkshauptmannschaft Bergreichenstein wurden uns sieben Versammlungen verboten, weil, wie es in der Begründung heißt, „durch deren Abhaltung das öffentliche Wohl gefährdet werden könnte und weil der Zweck dieser Versammlungen den Strafgesetzen zuwiderläuft.“ Es läuft also dem Strafgesetz zuwider, wenn man über das Steuerwesen, über die Agrarzölle und über das Sprachengesetz spricht! Der Bezirkshauptmann von Klattau hat die Abhaltung einer Versammlung verboten, weil „das öffentliche Wohl dabei gefährdet werden könnte“. Wir sind der gegenteiligen Auffassung. Wir haben die Versammlungen veranstaltet, um eine Gefährdung dieses öffentlichen Wohles zu verhindern und um das öffentliche Wohl zu fördern. Aber der Herr Bezirkshauptmann meint, daß das öffentliche Wohl am besten gefördert wird, wenn man über die Steuerpläne überhaupt nicht spricht, über das Sprachengesetz kein Wort verliert und über die sonstigen Verhältnisse im Staate hier sich jeder Meinung enthält. Eine Versammlung in Bilin hat die politische Expositur in Bilin mit dem Hinweis verboten, daß „zur freien Meinungsäußerung bezüglich der Sprachenverordnung bereits genügend Gelegenheit geboten wurde“. (Lebhaftes Heiterkeit.) Die politische Expositur, also

irgendein Polizeibeamter, bestimmt die Dosis dessen, was die Bevölkerung über eine Verordnung von so tief einschneidender Wirkung wie die Sprachenverordnung reden darf und wann es genug zu sein hat. Das ganze nennt

Spaltung überhaupt anerkennen möchte, wollen die Agrarkapitalisten im besonderen zugeben, daß zwischen Landwirt und Landwirt ein Unterschied besteht. Und doch könnte die dumme Bauernfängerei, die nach der Seltargrenze zur Definierung des Begriffs Klein- oder Großagrarier fragt, am besten in der Zollfrage kapieren, wo diese Grenze liegt. Dort, wo das Konsumenteninteresse des Bauern sein Produzenteninteresse zu übersteigen beginnt, hört er auf, Großbauer zu sein. Diese Scheidung trifft mindestens in der Zollfrage zu, wo sich zeigen muß, daß der Kleinbauer stärker daran interessiert ist, Mehl und Futtermittel billig einzukaufen, als Getreide — das er meist gar nicht für den Markt produziert — teuer verkaufen zu können. Die Agrarier wissen nun in Wirklichkeit sehr gut, daß die Zollverordnung dem einseitigen Interesse der profitgierigen Agrarkapitalisten entspringt und eben darum geraten sie in größte Erregung, wenn die Sozialdemokraten sich der Kleinbauern annehmen und das demagogische Spiel der Bauernführer aufdecken. Doppelt gefährlich ist die agrarische Politik für Gegenden, die überhaupt keinen wirklichen Großbesitz kennen, wie es überhaupt bei der Frage, ob wir es mit Groß- oder Kleinbauern zu tun haben, sehr darauf ankommt, in welcher Gegend ein Bauer seinen Besitz hat. Ein Bauerngut im fruchtbaren Flachland kann mit wenigen Hektar mehr Ertrag liefern, als der größte Besitz in einer rauhen Gebirgslandschaft. Gerade die

deutschen Gebiete der Republik sind zum großen Teil gebirgig, und im Erzgebirge, im Böhmerwald und in den schlesischen Subeten gibt es meilenweit keinen Wohlstand, ganze Dörfer und Städte leiden buchstäblich Hunger, und die Verteuerung der Lebensmittel würde dort für die Gesamtbevölkerung, für Bauern, Arbeiter und Gewerbetreibende, die Verewigung einer Hungersnot bedeuten, die seit 1914 in diesen Notstandsgebieten wütet.

Was immer die Agrarier zur Rechtfertigung ihrer Zollforderung anführen mögen, hält einer sachlichen Kritik nicht stand. Nicht nur das arbeitende Volk aller Berufe, bis weit in die Reihen der Landwirte hinein, muß sich gegen die Zölle wehren, auch die Volkswirtschaft als Ganzes könnte durch eine Steigerung der Lebensmittelpreise und die damit verbundene Verewigung der heute schon notleidenden Massen nur geschädigt werden. Vor allem aber kommt ein Moment hinzu, das die Zölle in der Tschechoslowakei geradezu unmöglich macht und den Vorstoß der internationalen Agrarkapitalisten zu einem Verbrechen an dem weitaus größten Teil der Bevölkerung stemmt. Die Agrarier verlangen diese Zölle in einem Augenblick, da der Staat die Steuerhahne aufs höchste anspannen, die Verbrauchssteuern neuerlich erhöhen und dem arbeitenden Menschen das Letzte nehmen will, was sich von dem schmalen Verdienst des Arbeiters noch zugunsten des Fiskus streichen läßt. Das Zusammenreffen der neuen

Steuerforderungen mit den Angriffen der Agrarier kommt einer Generaloffensive gegen die Arbeiterklasse gleich und bedeutet das wirtschaftliche Gegenstück zu der politischen Forderung des Bürgertums nach dem Faschismus.

Das letzte Argument der Bauernbündler ist stets, daß die Sozialdemokraten systematisch den Ruin der Landwirtschaft betreiben und einseitige Industrieförderung zum Leitsatz ihrer Politik machen. Auch das ist eine demagogische Verdrehung der Tatsachen. Die Sozialdemokratie hat nie die Industriezölle verfochten und könnte über Änderungen des Industriezollsystems wohl diskutieren. Immer waren es die beiden Gruppen der Bourgeoisie, die im eblen Wettstreit Industrie- und Agrarzölle gegenseitig hinauszitierten. Die Sozialdemokratie hat ein Agrarprogramm, das mehr als einen Ausweg aus den schweren Krisen unserer Wirtschaft zeigt. Sie kann den Weg zu einer wirklichen Sanierung weisen, die weder den Industriellen noch den landwirtschaftlichen Arbeitern Schaden bringt. Und wenn schon die Agrarier nicht einsehen, daß sich die ständige Gefährdung der Landwirtschaft innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht gänzlich beseitigen läßt, so müßten sie wenigstens das eine erkennen, daß ihre Rezepte im Augenblick unanwendbar sind, und daß eine Sicherung der Landwirtschaft nur im Einklang mit der arbeitenden Bevölkerung erreichbar ist.

man politische Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Einen weiteren Fall. Unsere Partei in Falkenau hat eine Märzfeier veranstaltet. Dahinter hat die Behörde eine große Gefahr gewittert, nämlich die Gefahr, daß hierbei nicht nur über die Märzgefallenen von 1848, sondern möglicherweise auch über die Märzgefallenen des Jahres 1919 gesprochen werden könnte.

Die Gerichte

zu sprechen. Hier nur ein Fall. Mein Parteigenosse Wenzel Jalsch war der Uebersetzung des Schutzgesetzes angeklagt, weil er in einer Versammlung das schwere Verbrechen beging, von der „Militärwirtschaft mit Steuergeldern“ von der „Verwendung von Geldern für den Militarismus“ zu sprechen und gewisse Vorfälle in Marienbad und Reichenberg, die sich bei der Post ereignet haben, als „Postskandal“ zu bezeichnen.

Es wäre auch sehr viel über die Gerichte zu sprechen. Hier nur ein Fall. Mein Parteigenosse Wenzel Jalsch war der Uebersetzung des Schutzgesetzes angeklagt, weil er in einer Versammlung das schwere Verbrechen beging, von der „Militärwirtschaft mit Steuergeldern“ von der „Verwendung von Geldern für den Militarismus“ zu sprechen und gewisse Vorfälle in Marienbad und Reichenberg, die sich bei der Post ereignet haben, als „Postskandal“ zu bezeichnen.

Die Verhandlungen im englischen Bergbau gescheitert

Die Kohlenbarone unnahzuebig. - Die staatlichen Unterkütungen mit 1. Mai eingekestellt.

London, 22. April. (Reuter.) Die Konferenz der Vertreter der Grubeneigentümer mit den Vertretern der Bergarbeiter endete erfolglos. Die Vertreter der Bergarbeiter verließen die Sitzung, ohne etwas Weiteres verabredet zu haben.

Die Vertreter der Bergarbeiter halten heute nachmittag eine Beratung über die Lage ab und werden darüber dem Industrieminister des Gewerkschaftskongresses Mitteilung machen. Zu dem bereits angekündigten Einschreiten der Regierung dürfte es sofort kommen.

Der Sekretär der Bergarbeiterföderation Cool erklärte über das Scheitern der Verhandlungen, daß die Vertreter der Gewerke heute ebenso unnahzuebig waren, wie in der letzten Konferenz, und daß sie darauf beharrten, die Löhne sollten auf der wirtschaftlichen Kapazität der einzelnen Kohlenbezirke angepaßt sein. Die Bergarbeiter ihrerseits beharren fest auf der Landesvereinbarung und auf den Minimallohnen, die für das ganze Land gelten sollen.

Bei der gestrigen Konferenz mit den Vertretern der Gewerke machte Premierminister Baldwin darauf aufmerksam, daß die staatliche Subvention am 1. Mai ein Ende nehme.

Die Verhandlungen mit Abd el Krim

Die Rifdelegierten gehen keinesfalls auf alles ein.

Paris, 22. April. Ueber die gestrige Zusammenkunft der französischen, spanischen und Rifdelegation in El Aun Sidi Meluk veröffentlicht der Führer der französischen Delegation General Simon ein amtliches Kommuniqué, in dem er betont, daß die Rifdelegierten auf die ihnen bei der letzten Begegnung vorgelegten Fragen ihre Antwort erteilt haben. Diese bildete den Gegenstand einer Beratung, die bei der nächsten Begegnung fortgesetzt werden wird, deren Datum vorläufig unbestimmt ist.

Das amtliche Kommuniqué deutet somit an, daß die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt, aber keineswegs abgebrochen wurden.

Blättermeldungen zufolge sollen die Rifdelegierten abgelehnt haben: 1. Die sofortige Auslieferung der Gefangenen. 2. Um 6 bis 7 Kilometer zurückzugehen und so den französischen und spanischen Truppen Platz zu machen. 3. Auch die Ausweisung Abd el Krims betrachten die Rifkämpfer, besonders für den gegenwärtigen Augenblick, als unmöglich und wenden ein, daß im Rif völlige Anarchie entstehen würde.

Blüte eines Bürokratenhirnes

erregt Heiterkeit, aber sie zeigt, was für einer Bürokratie wir ausgeliefert sind und von welchem Geiste diese Bürokratie erfüllt ist. Fragen wir, wieso solche Dinge möglich sind, warum heute Versammlungen unter so wichtigen Gründen verboten werden und warum jeder Bezirkshauptmann, jeder Polizeileiter, ja jeder Polizist glaubt, daß er allmächtig ist, so lautet die Antwort: Deshalb, weil die Demokratie, weil die politischen Verhältnisse sich in derartem Zustand befinden, weil wir heute ein Parlament haben, dessen Einfluß jahrelang hindurch geschwächt wurde. (Zehr richtig!)

Durch die Herabsetzung des Einflusses des Parlamentes ist die Bürokratie allmächtig geworden und sie glaubt sich heute schon alles erlauben zu können.

Von diesem Staate kann man sagen: „Wie hast du dich verändert!“ Als ein Staat der Demokratie wurde er gegründet, an seiner Wiege stand die Demokratie, aber sie hat sich nicht lange ihres gesunden Lebens erfreut. Es ist ihr schon, als sie noch in der Wiege lag, der Strid um den Hals gelegt worden. Es wurde ein Regime eingeführt und aufrecht erhalten, welches die Demokratie nur für ein einziges Volk, für das tschechische, sichern sollte, während die anderen Völker von der Teilnahme am Genuß dieser Demokratie bleiben sollten. (Sen. Dr. Heller: Auch ein Teil des eigenen

Volles.) Diese Erkenntnis hat sich später gezeigt. Es hat sich gezeigt, daß es unmöglich ist, in einem Staate, wie es der tschechoslowakische ist, nicht alle Bürger nach gleichem Maße messen zu wollen, daß es unmöglich ist, eine Demokratie einzuführen, die sich bloß auf ein einziges Volk erstreckt und es haben sich später die Wirkungen dieses Systemes auch im tschechischen Volke schmerzhaft fühlbar gemacht. Die Verhältnisse zwingen zu der Frage: Haben wir überhaupt noch ein Parlament? Wir tagen wohl hier, und es ist löblich, daß der Wille besteht, trotz aller Schwierigkeiten im parlamentarischen Leben den Senat weiter tagen zu lassen. Aber auch wenn wir tagen,

dürfen wir uns doch nicht darüber täuschen, daß es nur ein Scheinleben ist, das das Parlament überhaupt führt. Das ist ein künstlicher Versuch, über die tiefe Krise, in der sich nicht das Parlament, sondern der Staat, befindet, hinwegzutäuschen, ein Versuch, der nicht gelingen kann, ohne die Beseitigung der Ursachen, welche diese schwere Krise herbeigeführt haben. Was aber haben die „Staatserhaltenden“ bisher getan, um diese Krise zu verhindern und um einen Ausweg aus ihr zu suchen? Die Betätigung ihrer staatsbehaltenden Bestimmung hat immer nur darin bestanden, der Idee des Nationalstaates nachzugeben.

Das ist eine Fiktion, und die Verhältnisse sind heute soweit verfahren, daß alle Menschen im Staate erkennen müßten, daß es eine verhängnisvolle Fiktion ist. Wem hat denn diese Art der staatsbehaltenden Betätigung Nutzen gebracht? Dem Staate? Nein! Wo der Staat hingekommen ist, sehen wir. Ein-ellen Personen und gewissen Parteien hat das bisherige Regierungssystem wohl eine Fülle von Macht, persönliche und Parteivorteile gewährt, aber der Staat und

die Gesamtbevölkerung sind dabei über weggenommen. Und darum, meine Herren von der rechten Seite des Hauses, lassen Sie sich sagen: Es ist ein Unglück, daß die meisten der tschechischen politischen Parteien noch immer vom Geiste der Kriegszeit und der Nachkriegszeit befangen sind und von dem Geiste jener Zeit, wo das tschechische Volk noch um seine Befreiung kämpfen mußte. Sie haben sich nicht geändert, obwohl sich doch große Veränderungen vollzogen haben! Das tschechische Volk muß heute anders denken, anders handeln lernen, als es früher dachte und handelte, denn es ist ein freies, ein saturiertes Volk geworden. Es geht in diesem Staate nicht vorwärts und es kann nicht vorwärts gehen, denn die notwendige Entwicklung wird durch die zurückgebliebenen Gefühle und Gedankeneinstellung aufgehalten.

Keine der tschechischen Parteien findet den Mut, freiwillig aufzutreten und dem tschechischen Volke zu sagen, wie dieser Staat wirklich beschaffen ist und wie und nach welchen Grundzügen er regiert werden mußte. Diese Scheu vor der Wahrheit, dieses Ausweichen vor den Notwendigkeiten, dieses Schwimmen mit dem Strom, dieses sich Beugen und Keigen vor dem Nationalismus, diese Furcht vor dem chauvinistischen Druck, all das hat den Zustand, hat die Verhältnisse, die Verwerrenheit hervorgerufen, in denen wir uns befinden.

Jetzt sind die Verhältnisse soweit gediehen, daß man auf dem Scheidewege angelangt ist. Nun wird man sich für die eine oder die andere Richtung entscheiden müssen: entweder Verschärfung der Gewaltmethoden oder den Weg zur Demokratie zurück.

Fragen Sie sich selbst im stillen Kämmerlein, ob die erstere Methode irgendeine Lösung herbeiführen kann. Sie kann nur neue Verheerungen anrichten. Eine Zeitlang würde es gehen, aber der Gegenang, der in der Bevölkerung kauft, die Tatsache, daß nahezu und vielleicht sogar mehr als die Hälfte der Bewohner des Staates zum Staate in Opposition steht, wird durch Gewaltmethoden nicht aus der Welt geschafft, sie bleibt bestehen. Es müssen andere Mittel gefunden werden, um sie zu beseitigen. Mit den alten Regierungsmethoden, die vor allem in der Mißachtung und Unterdrückung der Opposition bestehen, und mit der Methode, daß Sie regieren, als wenn nur Sie allein auf der Welt wären, meine Herren von der rechten Seite des Hauses, dienen Sie weder dem Ansehen des Staates, noch tun Sie etwas für seine Festigung und Gesundung. Damit fördern Sie auch nicht die notwendige gesunde Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates.

Der Zerfall der Koalition, der die Einsetzung der Boamtenregierung notwendig gemacht hat - Sie sind der Meinung, daß diese Regierung nur ein vorübergehender Befehl ist - bedeutet mehr, als man sich heute auf Seite der tschechischen Parteien eingestellt hat. Es wird sich zeigen, daß die Fortführung dieser alten Koalition, daß die Errichtung der alten Grundlagen der Koalition auf die Dauer unmöglich ist. Vielleicht muß es noch schlechter werden, bevor bei Ihnen die Einsicht aufblüht, daß es so nicht weitergeht.

Krise des Parlamentes

Es wird gegenwärtig von einer Krise des Parlamentes gesprochen. Es bestehen tatsächlich die größten Schwierigkeiten, die nicht nur in der Tatsache der Einsetzung der Boamtenregierung ihren Ausdruck finden. Dennoch ist es falsch, von einer Krise des Parlamentes zu sprechen. Das Parlament braucht in keiner Krise zu sein und am allerwenigsten kann von einer Krise des Parlamentarismus gesprochen werden. Es bestehen tatsächlich die größten Schwierigkeiten, die nicht nur in der Tatsache der Einsetzung der Boamtenregierung ihren Ausdruck finden. Dennoch ist es falsch, von einer Krise des Parlamentes zu sprechen. Das Parlament braucht in keiner Krise zu sein und am allerwenigsten kann von einer Krise des Parlamentarismus gesprochen werden.

„Kommet sofort - Honorar unbegrenzt - Argpropas - Subville - Utopien.“ „Admirable Mad“ jögerte... usw. bis... ein neues Telegramm: „Verleien sie keine Sekunde, Jaz Morisson selbst konkurriert mit ihnen!“

Wie elektrisiert sprang der berühmte Detektiv auf und ergriff eilig seinen Reißkoffer und das Taschen-Polizeihandbuehen. Leider war es wegen Zeitmangels nicht möglich, die Fahrt zum Bahnhofe zu riskieren, denn die Entfernung war zu groß und bis zur Abfahrt des Kalifornischen Schnellzuges war nur eine Viertelmeile übrig - was tun? Der berühmte Rächer allen Unrechts jögerte nicht lange; er lenkte eilig seine Schritte zu einer nahen Eisenbahnbrücke, kletterte über das Geländer, gerade in dem Augenblick, als „sein“ Zug darunter wegfuhr, und mit einem elastischen Sprunge nahm er auf dem Dache eines Luxusausflugszuges Platz. Nach einigen Stunden stieg er ausgeruht und in rosigster Stimmung in San Francisco, aus.

(Fortsetzung folgt.)

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

10 Von Jiri Haußmann.

Aber Herr Morisson, der Detektiv und wertige Gast, erwiderte auf alle Fragen harthäckig nur mit dem einen Worte „Benzin! Benzin!“, so daß die versammelte Menge endlich begriff, was er eigentlich brauche. In wenigen Sekunden waren drei Fässer des gewünschten Raffes herbeigeschafft. Morisson füllte eilig seinen Behälter, erhob sich in die Luft und unter den Klängen der Marschmusik flog er in wahrhaftigem Tempo gegen Osten davon.

Der Abend brach schon herein, als der kühne Flieger unter sich die altberühmte Stadt Kiew erblickte. Mit Entzücken zog er die frische Luft ein, so daß ihm sogar die duffende Zigarette, die er eben angezündet hatte, nicht schmecken wollte. Er warf sie deshalb mit einer eleganten Geste weg und wollte sich eben in seinen ledernen Reglan dichter einschließen (denn es war merklich kühl geworden), als plötzlich ein donnerartiger Knall erfolgte - der Zigarettenstummel war durch einen unglücklichen Zufall in den Benzinhälter gefallen und hatte die katastrophale Explosion verursacht. Das Flugzeug stürzte kopfüber zur Erde nieder, aber der große Detektiv verlor auch in diesem kritischen Augenblicke die Geistesgegenwart nicht. Mit blitzschneller zog er seinen Browning hervor und gab daraus einen Schuß in sein Handgepäck ab, in welchem, wie er wußte, unter anderem einige Bomben mit Stickgasen lagen, die er schon so oft mit Erfolg zur Betäubung gefährlicher Räuber verwendet hatte.

Der Entschluß war riskant, aber der Zufall war ihm hold und aus einer gut getroffenen Bombe wälzte sich ein Rauchwirbel hervor, der den Brand im Nu löschte und bewirkte, daß der Aeroplan, zwar zu weiterer Fahrt unbrauchbar, aber doch in scheinbar unberührtem Zustande landete.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

10 Von Jiri Haußmann.

Aber Herr Morisson, der Detektiv und wertige Gast, erwiderte auf alle Fragen harthäckig nur mit dem einen Worte „Benzin! Benzin!“, so daß die versammelte Menge endlich begriff, was er eigentlich brauche. In wenigen Sekunden waren drei Fässer des gewünschten Raffes herbeigeschafft. Morisson füllte eilig seinen Behälter, erhob sich in die Luft und unter den Klängen der Marschmusik flog er in wahrhaftigem Tempo gegen Osten davon.

Der Abend brach schon herein, als der kühne Flieger unter sich die altberühmte Stadt Kiew erblickte. Mit Entzücken zog er die frische Luft ein, so daß ihm sogar die duffende Zigarette, die er eben angezündet hatte, nicht schmecken wollte. Er warf sie deshalb mit einer eleganten Geste weg und wollte sich eben in seinen ledernen Reglan dichter einschließen (denn es war merklich kühl geworden), als plötzlich ein donnerartiger Knall erfolgte - der Zigarettenstummel war durch einen unglücklichen Zufall in den Benzinhälter gefallen und hatte die katastrophale Explosion verursacht. Das Flugzeug stürzte kopfüber zur Erde nieder, aber der große Detektiv verlor auch in diesem kritischen Augenblicke die Geistesgegenwart nicht. Mit blitzschneller zog er seinen Browning hervor und gab daraus einen Schuß in sein Handgepäck ab, in welchem, wie er wußte, unter anderem einige Bomben mit Stickgasen lagen, die er schon so oft mit Erfolg zur Betäubung gefährlicher Räuber verwendet hatte.

Der Entschluß war riskant, aber der Zufall war ihm hold und aus einer gut getroffenen Bombe wälzte sich ein Rauchwirbel hervor, der den Brand im Nu löschte und bewirkte, daß der Aeroplan, zwar zu weiterer Fahrt unbrauchbar, aber doch in scheinbar unberührtem Zustande landete.

reden werden. Eine Krise, eine schwere Krise...

Das Parlament kann nicht leben, weil man es nicht leben läßt.

Man gibt dem Parlament und der parlamentarischen Regierung überhaupt nur eine einzige Lebensmöglichkeit, nach der Parole: 'Frisch Vogel oder stirb'.

Die tschechischen Parteien behaupten, ein anderes System als das allnationale gebe es nicht und könne es nicht geben, weil alle übrigen Nationen und Parteien Staatsfeinde sind.

lauter Irredentisten

bestehen. Sie erheben ihre Behauptungen und auch ihre Denunziationen auch im Auslande, gewissermaßen zur Rechtfertigung dafür, daß bis heute noch alle übrigen Nationen hier im Staate von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen sind.

Nach wie vor wurde alles als irredentistisch, als staatsfeindlich beschrien,

nach wie vor wurde alles in einen Topf geworfen. Es existiert noch ein anderes Alibi. Die einen, die Regierenden, werden als die weißen Lampen, die anderen, die beherrschten Nationen, als die schwarzen, räudigen Schafe geschildert, als die Quersalben, die absolut nicht wollen, unzugänglich sind.

Run, dann schaffen Sie diese Mentalität!

Legen Sie sich einmal Rechenschaft darüber ab, was Sie schon getan haben, um eine andere Mentalität zu schaffen. Bis jetzt hat der Großteil der tschechischen Parteien nur dazu beigetragen, die Atmosphäre zu vergiften.

Wenn man eine andere Einstellung der nicht-tschechischen Nationen zum Staate will - und Sie mühten sie wollen, wenn Sie wirklich staatsverhaltende Parteien wären - dann muß man auch etwas dazu tun.

Wenn man hier in der Politik steht, könnte man manchmal verzweifeln, wenn man sieht, wie die Dinge hier so verfahren sind, daß nahezu jeder Ausweg verschlossen ist.

Wiederbesetzungsversuche an der alten verstorbenen Koalition.

Zeit jeher hat sich auf solche Galvanisierungsversuche dieses immer mehr dahinsiechenden politischen Gebildes die Staatskunst hier im Staate beschränkt und auch jetzt sehen wir nichts anderes.

Neuwahlen

gemacht hat. Die Bevölkerung hat erst vor einigen Monaten ganz klar und unzweideutig entschieden und ihre Meinung dahin bekanntgegeben, daß sie mit den bisherigen Regierungsmethoden nicht einverstanden ist.

Änderung des Wahlrechtes

Die Bevölkerung soll durch ein verschlechtertes Wahlrecht bestraft werden, weil sie nicht so wählt, wie die Machthaber dieses Staates es gerne sehen möchten.

Fascismus,

der eine Art Modetrunkheit geworden ist, beschäftigt und mit diesem Gedanken spielen. Es ist keine Idee zu toll, als daß sie nicht Anhänger finden würde. Es gibt daher auch bei uns schon eine Art fascistische Organisation.

Sein Vorgehen läßt viele Herzen höher schlagen, wenn sie sehen, wie Mussolini gegen die Deutschen in Süditalien vorgeht. Und es gibt auch manche, deren Herzen lebhafter schlagen, wenn sie sehen, wie er mit sozialistischen Organisationen und Bekennern der sozialistischen Idee verfährt.

Keine Hege gegen den Präsidenten

verbunden. Mit einem Armelstrich neben dem Präsidenten, gegen den eine staatsverhaltende Partei schon seit Jahren hegt, auch noch andere Kleinigkeiten, Verfassung, Wahlrecht, politische Rechte, Pressefreiheit und manches andere zu beseitigen, das würde manchen Herren gut passen.

sein, daß wir uns unserer Haut wehren werden. Da verstehen wir keinen Spatz. Auch die tschechische Arbeiterschaft wird wissen, was sie zu tun hat. Die Errichtung des Fascismus, das ist der Bürgerkrieg.

Ernste Schwierigkeiten der Reichsregierung.

Die Sozialdemokraten bringen das Abfindungs-Kompromiß zu Fall. Beratungen beim Reichsfinanzminister. - Vor einer Umbildung der Regierung?

Berlin, 22. April. (Eigenbericht.) Die Krisenstimmung in den Regierungskreisen hat sich heute noch verstärkt. Zunächst hat es starke Beunruhigung erregt, daß der Reichsfinanzminister lehnt, die Regierung werde durch einen besonderen Gesandtschaftsbesuch zu verhindern suchen, daß die Frage der fünfprozentigen Aufwertung durch einen Volksentscheid zur Klarstellung gelange.

Größere Schwierigkeiten sind für die Regierung aber in der Frage der Fürstenabfindung entstanden. Bei der heutigen Beratung des Reichsfinanzministers, der von der Zuständigkeit des Sondergerichtes handelt, beantragten die Sozialdemokraten, daß das Gesetz rückwirkende Kraft auch auf die schon früher zum Abschluß gelangten Verfahren haben solle.

Politische Aussprache im Senat.

Einheitliche Front der Agrarier und Kleinrentner.

Prag, 22. April. Die heutige Senatsdebatte brachte den Beginn einer großen politischen Aussprache, in die morgen noch führende Vertreter ehemaliger Koalitionsparteien eingreifen werden.

Die deutschen Agrarier sind natürlich Feuer und Flamme für Hochschutzzölle, da hier wieder eine Gelegenheit zum Geldschneiden winkt, wie sie seit den festesten Kriegsjahren nicht mehr vorkam. Gerade die persönlichen Anrempelungen gegen Genossen Dr. Heller, die sich der Landbändler Lutsch leistete, zeigen deutlich, daß die gestrigen Ausführungen Dr. Hellers die Landbändler an der empfindlichsten Stelle getroffen haben.

Die Agrarier liegen sich bereits in den Armen. Die Abwehrfront aller von neuem Glend Bedrohten muß nun kommen und sie wird stark genug sein, um die agrarische Begehrlichkeit in ihre Schranken zu weisen.

Der Sitzung liegt bereits im Druck der agrarische Antrag auf Einführung fester Getreidezölle vor; bei oppositionellen Anträgen pflegt man sich mit der Drudlegung nicht immer so zu breiten.

Nach Genehmigung des Handelsvertrages mit Albanien in zweiter Lesung wird beschloffen, die Vorlagen über die Einschränkung der Geschworenengerichte in Karpatenrußland, über die Einkommensgrenze bei Kriegsbeschädigten und über den Dauererwerb in abgekürzten Verfahren nach Paragraph 55 der Geschäftsordnung zu verhandeln.

Bei der Verhandlung der Regierungs-Vorlage, welche die Einschränkung der Geschworenengerichte in Karpatenrußland auf ein weiteres Jahr festlegen soll, entspann sich eine große Aussprache über die inner- und teilweise auch außenpolitischen Probleme der jüngsten Zeit, zu der nicht weniger als 14 Redner sich vormerken ließen. Die Debatte wird erst in der morgigen Sitzung beendet werden.

Genosse Niehner

das Wort, der nach einem scharfen Protest gegen die beschleunigte Verkürzung der staatsbürgerlichen Rechte der Karpatenrußischen Bevölkerung

sein, wir werden nicht aufhören, auf diesen Weg, als den einzig möglichen, hinzuweisen.

Ich gehöre einer Partei an, die in keinem bürgerlichen Klassenstaat ein Ideal erblickt, mag er nun eine republikanische oder monarchistische Staatsverfassung haben. Dennoch sind gerade wir es, wir, deren großes Ziel außerhalb des heutigen bürgerlichen Klassenstaates liegt, die in erster Linie kämpfen, daß gesunde Zustände hier platzgreifen.

Nunmehr berief der Reichsfinanzminister Dr. Lutsch die Vertreter der Regierungsparteien zu sich, um in Gemeinschaft mit dem preussischen Ministerpräsidenten und dem Finanzminister die Lage zu besprechen. Bisher hatte das Kabinett es vermieden, in der Frage der Fürstenabfindung eindeutig Stellung zu nehmen, und es den Regierungsparteien überlassen, sich eine Mehrheit für das Kompromiß zu verschaffen.

Die Reichsregierung wird sich jetzt entscheiden müssen, ob sie die Frage der Fürstenabfindung nach den Wünschen der Reichsparteien oder nach den Forderungen der Sozialdemokratie, hinter denen die zwölfhundert Millionen Unterzeichner des Volksbegehrens stehen, regeln wird.

Die Reichsregierung wird sich jetzt entscheiden müssen, ob sie die Frage der Fürstenabfindung nach den Wünschen der Reichsparteien oder nach den Forderungen der Sozialdemokratie, hinter denen die zwölfhundert Millionen Unterzeichner des Volksbegehrens stehen, regeln wird.

Die deutschen Agrarier sind natürlich Feuer und Flamme für Hochschutzzölle, da hier wieder eine Gelegenheit zum Geldschneiden winkt, wie sie seit den festesten Kriegsjahren nicht mehr vorkam.

In krassem Kontrast zu den sachlichen Ausführungen Niehners stand die folgende Rede des Landbändlers Lutsch. Die gestrigen Feststellungen des Genossen Dr. Heller, daß die Interessen der Kleinlandwirte gerade auch in der Zollfrage denen der Großagrarier zuwiderlaufen, müssen den Landbändlern, die sich ausschließlich als Vertreter der großagrarischen Interessen fühlen, dies aber aus begrifflichen Gründen nicht zugeben wollen, arg wider den Strich gegangen sein.

Genosse Dr. Heller ruft ihm entrüstet zu: Ich warne Sie, in diesem Ton fortzufahren; das ist eine Unanständigkeit! Lutsch: Sie können mir das zehnmal sagen... Dr. Heller: .. an Ihnen prallt es ja doch ab!

Auch die Genossen Niehner und Rejz wehren in treffenden Zwischenrufen die nachfolgenden Ausfälle Lutschs gegen die Zollpolitik unserer Partei ab und machen ihm den Unterschied zwischen einem Kleinlandwirt und einem Großbauern, den Herr Lutsch absolut nicht einsehen will, klar. Lutsch: (Zu unseren Parteigenossen.) Die Landwirte verlangen bloß Parität mit der Industrie; heben sie die Industriezölle auf! Dr. Heller: Uns sagen Sie das? Sagen Sie das den tschechischen Agrariern, die haben die Macht; wir nicht!

